

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 404 20. Feb. 2008

14. Jahrgang

Zur Situation der Maya-Bewegung in Guatemala

Der Anwalt und Soziologe Carlos Guzmán Böckler ist mit seinen 77 Jahren einer der geistreichsten Intellektuellen Guatemalas. Mit einem marxistischen Background hatte er bereits vor Jahrzehnten den intellektuellen Mut, eine Interpretation der sozialen Realität seines Landes vorzuschlagen, die sich weder vom Marxismus noch vom Klassenkampf distanzieren müsse und gleichzeitig den ethnischen Aspekt, sprich den Rassismus, als Analysekriterium der heutigen Gesellschaft Guatemalas einbezog. Damit hat er sich die Kritik der lokalen Rechten eingetragen, die ihn wegen seinen sozialistischen Positionen und seiner revolutionären Militanz verfolgte. Er wurde aber ebenso von der Linken attackiert wegen seiner „vermessenen“ Idee, die Indigenenfrage als Element höchster Wichtigkeit in die Geschichtsanalyse einzubeziehen. Diese Methode widersprach der eurozentristischen Vision des Sozialismus, in der Ethnizität nicht vorkam. Guatemala hat mit 60% einen hohen Anteil Indigenas in der Bevölkerung – dies nicht in die politische Analyse und Praxis einzubeziehen, bedeutet, eine wichtige Tatsache leichtfertig zu übergehen.

Wir veröffentlichten ein Interview, das Marcelo Colussi von der Nachrichtenagentur Argenpress mit Carlos Guzmán Böckler führte und das am 4. Februar 2008 erschienen ist.

Argenpress: Professor Guzmán Böckler, Sie sind ein ausgewiesener Kenner der Maya-Völker Guatemalas. Wie schätzen Sie deren Chancen auf Beteiligung und politischer Einflussnahme unter der neuen Regierung von Alvaro Colóm ein – vorläufig hat er ja bloss einen Maya-Vertreter in sein Kabinett aufgenommen?

Carlos Guzmán Böckler: Das Panorama ist für die Mayas auch unter der Regierung Colóm sehr eingeschränkt. Ausser dem Minister für Kultur und Sport, dessen Budget sehr begrenzt ist, gibt es vielleicht noch vier oder fünf VizeministerInnen und ein paar rangniedrige Personen im Kabinett, die Indigenas sind. Die Szenerie ist also nicht sehr erfreulich für die Mayabevölkerung und dies obwohl sie vor allem in den ländlichen Gebieten die entscheidenden Stimmen abgaben, mit denen Colóm die Präsidentschaft gewann. Mir scheint, dass er sich eine Regierungsequipe zusammengestellt hat, in der die Rechten und ein paar mitte-rechts VertreterInnen dominieren und in der es nicht viel Spielraum für MayavertreterInnen gibt.

Ein trauriges Beispiel ist das Bildungsministerium, denn solange dort keine Mayas vertreten sind, wird es schwierig sein, die eh schon harzig verlaufende Reform für ein mehrsprachiges und multikulturelles Erziehungsmodell weiterzubringen.

Argenpress: Wie sehen Sie ganz allgemein das politische Panorama elf Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen und ein Jahr nach Inkrafttreten des Freihandelsabkommens mit den USA?

C.G.B.: Sowohl was die Friedens- wie auch was die Freihandelsabkommen betrifft, zeichnet sich ein Panorama ab, das von der Nichteinhaltung der Kernpunkte dieser Abkommen geprägt ist. Die Meistbegünstigten des

Abkommens mit den USA sind die Zucker- und Fleischexporteure, in zweiter Linie dann die Gemüse-, Früchte- und Kunsthandwerkexporteure, deren Anteil aber zusammengenommen sehr gering ist.

Aufgrund der Zusammensetzung der neuen Regierung muss davon ausgegangen werden, dass die Umsetzung und Einhaltung dieser Abkommen sehr langsam und schwierig sein wird.

Argenpress: Die Guerillabewegung wurde vor Jahren demobilisiert und hat sich in eine politische Kraft gewandelt, die innerhalb des demokratischen Kanons singt und in den letzten Jahren an Kraft und öffentlicher Präsenz verliert. Ausdruck davon ist das schlechte Ergebnis bei den letzten Wahlen.

Fühlen sich die Mayas von der ehemaligen Guerilla repräsentiert?

C.G.B.: Die Wahlen vom vergangenen September und November haben eine harte Wahrheit ans Tageslicht gebracht: Die Linke bzw. die Linken – man muss in der Mehrzahl sprechen, da sie keine Einheit bilden – haben einen schweren Rückschlag einstecken müssen. Es hat sich gezeigt, dass ihre Diskurse ohne Echo blieben, und zwar nicht nur bei den Menschen, die den bewaffneten Konflikt selber erlebt haben, sondern auch bei der Jugend.

Die heutigen Linken haben keine Zeit, entsprechende Vorschläge zu machen. Vielmehr beschränken sie sich darauf, den Faden wieder aufzunehmen, der 1954 mit der von der CIA unterstützten Absetzung des damaligen Präsidenten Jacobo Arbenz unterbrochen wurde. Die heutigen Linken pflegen weder eine Kommunikation mit den Organisationen des sozialen Sektors noch mit der Mittelklasse, weder in der Stadt noch auf dem Land.

Die ehemalige Guerilla ist sehr schweigsam geworden, und auch sie sticht nicht durch eine hohe Maya-Vertretung hervor. Viele Maya, welche der Guerilla angehört hatten, wollen diese Vergangenheit so schnell wie möglich vergessen. Dies beweist den Zerfall der Organisation und zeigt, dass niemand in der URNG in der Lage war, die Ex-KämpferInnen um sich zu scharen und sie zu einer Stimmabgabe für die linke Partei zu bewegen.

Argenpress: Wird die Friedensnobelpreisträgerin und Quiché-Maya Rigoberta Menchú in der Lage sein, in den nächsten Jahren den politisch-sozial-kulturellen Diskurs zu bestimmen? Wird es den Maya gelingen, eine stärkere Präsenz im intersektoriellen Dialog einzunehmen?

C.G.B.: Rigoberta Menchú hat ihre Kampagne auf einer schwachen Basis aufgebaut und ging zu optimistisch ans Werk. Es ist im Moment schwierig vorauszusehen, ob sie und ihre Gruppe sich erholen und in Zukunft zu einer wesentlichen Kraft im indigenen politischen Diskurs werden.

Es scheint mir, dass Rigoberta Menchú im Ausland mehr Prestige genießt als in Guatemala selber. Hier erstarkte eine Gruppe von Maya-Frauen, die aus ländlichen Regionen stammen und die mit ihren Familien Opfer der Verbrechen der Militärs waren. Zu ihnen gehört zum Beispiel Rosalina Tuyuc, die zwar nicht mehr über die Militanz und Sichtbarkeit vergangener Jahre verfügt, die aber eine Maya-Frauenbewegung vorangetrieben hat, aus der zukünftige Führungspersönlichkeiten hervorgehen können.

Im Moment ist es schwierig, von einer Maya-Bewegung zu sprechen, weil es viele grössere oder kleinere Einzelgruppen gibt, die miteinander um einen Führungsanspruch ringen. Dies führt zu permanenten Zusammenstößen, unnötigem Kräfteverschleiss und verzögert eine Einigkeit, die ein Vorwärtskommen versprechen könnte. Die leitenden Persönlichkeiten dieser Gruppen beanspruchen die Führung über alle, und es gibt nicht wenige unter diesen realen oder selbsternannten Maya-FührerInnen, die von den neoliberalen Regierungen vereinnahmt und von diesen für ihre propagandistischen Zwecke missbraucht werden.

Solange also die internen Streitereien von den neuen und jüngeren

Generationen nicht überwunden werden, wird es keinen realen Fortschritt geben.

Argenpress: Gemäss den Prognosen des US-amerikanischen Geheimdienstes sind die spontanen sozialen Bewegungen Lateinamerikas wie z.B. die Piqueteros, die Landlosenbewegung, die BäuerInnenbewegungen gegen die Freihandelsabkommen etc. die grössten Feinde für die geopolitischen Interessen der USA. Unter all diesen Bewegungen fürchten sie die Indigenabewegungen am meisten. Weshalb?

C.G.B.: Zweifellos könnte sich die geopolitische Vision der USA verändern, wenn es eine interne Machtverschiebung gäbe und jemand wie Obama zum Präsidenten gewählt würde. Zuviel darf man sich nicht erhoffen, aber eine Regierung unter Obama wäre sicher sensibler bezüglich rassistischer und anti-indigener Vorurteile innerhalb der US-amerikanischen Politik.

So oft ich mich frage, weshalb die GringopolitikerInnen in der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas ihren Hauptfeind sehen, den es auszumerzen gilt, so wenig weiss ich eine Antwort darauf. Aber es ist ihr Ziel, seit sie die Hegemonie über unsere Hemisphäre beanspruchen.

Vielleicht erklärt sich das Misstrauen den spontanen Bewegungen gegenüber damit, dass sie, so organisiert sie auch sind, die prekäre Stabilität der Regierungen ins Wanken bringen können, die die USA unterstützen. Das heisst, diese fürchten die sozialen Aufstände, die in Momenten der Angst und Verzweiflung von denen ausgehen, die nichts zu verlieren haben.

Ein Beispiel dafür ist der Caracazo (mehrtägiger Volksaufstand Ende Februar 1989, der vom damaligen Präsidenten Venezuelas, Carlos Andrés Pérez, brutal niedergeschlagen wurde, die Red.).

Argenpress: Die zapatistische Bewegung im mexikanischen Chiapas, die schon länger als 10 Jahre existiert, hat starke indigene Wurzeln. Was bedeutet das, in einer historischen Perspektive und aus einem politischen und sozialen Verständnis heraus?

C.G.B.: Leider hat die zapatistische Bewegung ausserhalb ihres direkten Wirkungsradius stark an politischer und sozialer Kraft verloren.

Die Politik der mexikanischen Regierungen bestand darin, die Bewegung zu isolieren und ihre Kommunikation mit dem Rest des Landes zu unterbinden, ohne sie jedoch direkt physisch anzugreifen.

Der eigentliche Guerillakampf der ZapatistInnen dauerte ja nur wenige Stunden, und ihre Bekanntheit im Ausland wuchs dank dem damals noch neuen Internet rasch. Die Mehrheit der MexikanerInnen kümmerte sich mehr um den politischen Wettkampf zwischen den Mestizen und vergass – der Rassismus stand dabei Pate – den Zapatismus, dem es an Projektion gegen aussen und Schutz gegen innen fehlte. Es war eine Guerilla zur falschen Zeit.

Die anderen Guerillas der Region beendeten ihren Kampf als die ZapatistInnen begannen und hatten zu ihren Zeiten starke ausländische Unterstützung. Die guatemaltekische Guerilla zum Beispiel wurde via Mexiko bestens beliefert, umgekehrt war dies dann nicht der Fall.

Die Isolierung einer bewaffneten Gruppe ist die Präambel ihrer Liquidation. Wenn die Zapatisten nicht einen politischen Weg finden, werden sie ausgerottet wie der Urwald von Chiapas, und keine NachfolgerInnen haben. So traurig dies tönt, ist es weder pessimistisch noch fatalistisch gemeint.

Es gibt immer einen Ausweg, egal wie aussichtslos die Situation gerade erscheint.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Abos: ¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 044/ 241 44 43

E-Mail: barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandsabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Amerikanisches Sozialforum in Guatemala

Vom 7. bis 12. Oktober 2008 findet in Guatemala das *III. Amerikanische Sozialforum (FSA)* statt. Zwischen 15'000 und 20'000 VertreterInnen der organisierten Zivilgesellschaft kommen zusammen, um über ein breites Themenspektrum zu diskutieren, das von Menschenrechten über Landfragen bis zu den Auswirkungen der Freihandelsabkommen reicht.

Die Durchführung des *Foro* findet zu einem schwierigen Zeitpunkt statt, sowohl für die guatemalteckische Linke, die stark geschwächt aus den Wahlen 2007 hervorgegangen ist, wie generell für die internationalen sozialen Bewegungen, die vor der Entscheidung stehen, entweder eine pro-aktivere (partei-)politische Beteiligung einzunehmen oder gänzlich als soziale Kraft zu verschwinden.

Zu den Faktoren, die zur Spaltung der guatemalteckischen Linken beigetragen haben, gehört zweifellos die NRO-isierung der Volksorganisationen, die mit der verstärkten internationalen Zusammenarbeit seit den Friedensabkommen Einzug gehalten hat. Ein unangenehmes Thema für viele soziale Gruppierungen, weshalb es auch nicht auf der Tagesordnung des FSA erscheinen wird. Denn einerseits fließen Unmengen von Entwicklungsgeldern in die Region, zur Verminderung von Armut und zum Antrieb von Entwicklung tragen sie jedoch wenig bei.

Ausserdem sind viele guatemalteckische Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) in eigene Widersprüche verwickelt, sprechen sie sich doch z.B. gegen das Assoziierungsabkommen mit der EU aus, sind aber finanziell von den Entwicklungsgeldern europäischer Staaten abhängig.

Die guatemalteckischen sozialen Bewegungen sind stolz darauf, das FSA in ihrem Land zu beherbergen und erhoffen sich auch einen einigenden Effekt. Ob sie dies bereits im Hinblick auf die Organisation der Grossveranstaltung schaffen, bleibt abzuwarten.

Die *Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas (URNG)* als Partei z.B. bleibt ausgeschlossen, denn die Charta des FSA erlaubt keine parteipolitischen VertreterInnen. So werden denn interessierte URNG-Leute im Namen des *Breiten Bündnisses der Linken (MAIZ)* teilnehmen, derweil die indigene Gruppierung Winaq, welche Rigoberta Menchú als Präsidentschaftskandidatin getragen hatte, bisher kein Interesse an einer Teilnahme am Forum angemeldet hat.

In einem kürzlich erschienenen Buch über das Weltsozialforum („El Futuro del Foro Social Mundial“, herausgegeben von Eric Tuissant, Walden Bello, Immanuel Wallerstein u.a.) kommen verschiedene Gründungsmitglieder zum Schluss, dass das Hauptproblem der Bewegung im alten Streit zwischen sozialem und politischem Kampf besteht. Demnach würden die sozialen Organisationen seit dem Fall der Berliner Mauer einen Rückschritt in den Autoritarismus befürchten und nichts mit der Parteipolitik am Hut haben wollen. Solange aber die sozialen Bewegungen den Schritt in die Politik nicht machen würden, so die AutorInnen, bestehe die Gefahr, dass man nicht über das ewige Denunzieren hinauskomme und nicht in der Lage sei, konkrete und gangbare Alternativen vorzuschlagen.

Achtung Kanada!

Guatemala, 11. Feb. Mitte Februar organisierte der *Guatemalteckische Fonds für Indigene Entwicklung (FO-DIGUA)* ein Seminar mit dem Titel: "Wirtschaftliche Chancen und Indigene Entwicklung". Thema war Minen-Exploration und -Abbau in Guatemala. Geladen waren VertreterInnen aus Gemeinden, die von den Folgen des Minenabbaus betroffen sind aus Alta und Baja Verapaz, Guatemala, Huehuetenango, Izabal, Retalhuleu und San Marcos.

Zu Beginn der Veranstaltung stellten sich die SeminarleiterInnen von FOCAL vor, der *Kanadischen Stiftung für die Americas*, die gleich die indigene Entwicklung aus Sicht der Bergbauindustrie darstellten. Danach gaben sie vor, "unsere Vorschläge kennenzulernen und einen Dialog zu initiieren zwischen Staat, Minenunternehmen und den indigenen Gemeinden", beschrieben die Teilnehmenden erbost die Skrupellosigkeit der Veranstaltenden in einem Kommuniké. Denn diese selbst informierten darüber, dass der Workshop u.a. ko-finanziert würde von den in Guatemala vielerorts aktiven Minenunternehmen *Goldcorp* (das *Montana Exploradora* von Guatemala finanziert) und *Skye Resources* (Financier der *Guatemalteckischen Nickelkompanie (CGN)*). Die Teilnehmenden erkannten

sofort Tendenz und Intention des Seminars und kündigten ihre weitere Präsenz. Schliesslich kenne die Öffentlichkeit dank der 17 durchgeführten Volksbefragungen die Ablehnung der Minentätigkeiten in den Gemeinden. Dass just die Firmen, die vor Ort die gravierendsten Schäden hinterlassen, solche Fortbildungsveranstaltungen finanzieren, sei unerhört. Und völlig inakzeptabel, dass sie auf diese Weise das Vertrauen der Gemeinden missbrauchen und instrumentalisieren. Und das auch noch mit Unterstützung des guatemalteckischen Staates!

FOCAL, 1990 per Kabinettsentscheid gegründet mit dem Mandat, die Beziehungen zu Lateinamerika zu vertiefen und dabei vor allem zwischen Zivilgesellschaft, Regierungen und dem Privatsektor zu vermitteln, wird als autonome Nicht-Regierungsorganisation dargestellt, gilt aber eindeutig als rechter Arm der Regierung Kanadas. Seit Unterzeichnung des Freihandelsvertrags NAFTA zwischen Mexiko, den USA und Kanada orientiert sich Kanada gefällig an der US-amerikanischen neoliberalen Expansionspolitik. Ungerechtfertigterweise genießt Kanada eine Art solidarischen Ruf und nutzt so oft unerkannt die ihm geöffneten Türen für seine US-amerikanische Mission.

Bedroht

Guatemala, 11. Feb. Inzwischen haben 17 ZeugInnen vor Richter Santiago Pedraz in Madrid als Überlebende oder Familienangehörige von Opfern ausgesagt in dem Fall, den der Spanische Gerichtshof gegen fünf guatemalteckische Militärs und zwei Zivilisten wegen Völkermordes führt. Gleichzeitig verstärken sich wieder die Morddrohungen gegen die *Anthropologisch-Forensische Stiftung Guatemalas (FAFG)*. Diese führt die meisten Exhumierungen von klandestinen Gräbern des internen bewaffneten Konflikts durch; ihre Untersuchungen dienen direkt für Justizprozesse gegen die Verantwortlichen von damals. Schon 2002 forderte die Interamerikanische Menschenrechtskommission (unterdessen wieder gelockerten) Personenschutz für den FAFG-Direktor Fredy Peccerelli und seine nahen Verwandten.

Zusätzlich brach auch noch der dritte Brand auf dem Hof des Polizeikommissariats aus, seitdem die Archive der *Nationalpolizei (PN)* dort gelagert sind. Er konnte jedoch rechtzeitig gelöscht werden. Während bei den ersten Malen Brandsätze gefunden wurden, schliessen die ErmittlerInnen diesmal aufgrund eines Päckchens Streichhölzer auf Brandstiftung.

Erste Destabilisierungsversuche gegen die neue Regierung

Guatemala, 15. Feb. Auch wenn Präsident Colom erste Aktionen in Sachen Innere Sicherheit als unzureichend, ineffizient und als nichts Neues kritisiert wurden, waren die ersten drei Wochen seiner Regierungsführung doch geprägt von einer gewissen erwartungsvollen Stimmung. Kritik wurde zwar geübt, konnte jedoch als wohlwollende Verbesserungsvorschläge angesichts des präsidentialen Übereifers interpretiert werden. Colom hatte sich schliesslich hohe, unterstützenswerte Ziele gesetzt: "Die Kriminalität bekämpft man mit Intelligenz!" lautete sein Motto.

Hehre Pläne - spärliche Resultate

Angekündigt wurde, dass landesweit lokale "Sicherheitsjuntas" und Netzwerke von InformantInnen geschaffen werden, die die Ermittlungsarbeit der Behörden unterstützen sollen. Besonderes Augenmerk wurde gleich auf die "roten Zonen" in der Hauptstadt gelegt, in denen in den ersten Wochen rund 3'050 Personen bei Razzien festgenommen wurden. Gegen 240 von ihnen hätten Haftbefehle vorgelegen. Als Pilotprojekt funktioniert zudem in zwei Zonen seit Anfang Februar der "Quadranten-Plan": Eine Gruppe von staatlichen Sicherheitskräften, die vorerst vom Militär sekundiert wird, das jedoch nach und nach abgezogen werden soll, ist für einen abgezielten Abschnitt, einen "Quadranten", der Stadtbezirke zuständig und sollen durch ihre ständige Präsenz und den Kontakt zur Bevölkerung Verbrechen verhindern. Zumindest in der ersten Zeit stehen diesen Einheiten die chilenischen Carabineros zur Seite. Im Moment, so informierte Innenminister Vinicio Gómez dieser Tage, ist ein E-PolizistIn theoretisch für ein Gebiet von ca. 22 km² und somit für die Sicherheit von rund 2'400 EinwohnerInnen zuständig.

Dabei kursierte noch kürzlich die Information, dass es im Jahr 2007 23 Munizipien gegeben habe ohne Präsenz der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), in 10 davon gab es noch nie eine Wache, in den übrigen waren diese aus verschiedenen Gründen geschlossen worden. Und: Im Vergleich zu willkürlich ausgesuchten anderen Munizipien mit Polizeipräsenz waren die Verbrechensraten in den PNC-freien deutlich geringer. Neben der Erklärung kultureller Natur, all diese Munizipien lägen schliesslich im als friedlicher bekannten Westen des Landes, war noch beobachtet worden, dass es hier so gut wie keine Bars und Kneipen, also deutlich weniger (öffentlich ausgeschenkt, die Red.) Alkohol gebe, der die Gewalt oft anheize.

Zwar weist das Innenministerium darauf hin, dass die Kriminalitätsraten

in der kurzen Zeit unter Colom wenn auch minimal, so doch zurückgegangen seien. Letztlich endeten bislang die meisten der verkündeten Festnahmen jedoch mit einer Freilassung, auch wenn es sich bekanntermassen um Personen handelte, die mit Erpressung, Raub oder gar Mord in Verbindung gebracht werden. Doch im Moment der Festnahme lagen schlicht keine ausreichenden Beweise vor, die eine Haft gerechtfertigt hätten, da die Razzien eher mit grossem Spektakel ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit wegen durchgeführt wurden, denn aufgrund fundierter vorheriger Ermittlungen. Unerheblich waren bei diesem Resultat dann die vermeintlichen Erträge von beschlagnahmten Drogen und Waffen. Hingegen gingen der Polizei dabei so einige mutmassliche Köpfe von Jugendbanden im wahrsten Sinne des Wortes: durch die Finger.

Mordserie an Busfahrern

Und gerade noch hatte Colom versichert, dass es in seiner Regierung keine parallelen Körperschaften gebe, als am 5. Februar mit den konzertierten Morden an fünf Busfahrern und einem *ayudante* innerhalb zehn Tagen eine Serie von insgesamt 15 Morden an Busfahrern und deren Gehilfen losgelöst wurde. Dies beförderte das Land in eine Welle aus Wahn, Angst und tiefe Verstörung, die nicht absehbare Folgen haben wird und von der die Sicherheitsexpertin und Menschenrechtsaktivistin Iduvina Hernández von *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM) gar den Eindruck eines versuchten Staatsstreiches hatte.

In den gleichen Tagen ging zu allem Überfluss nämlich noch per E-Mail und Textnachricht auf Mobiltelefone das Gerücht um, dass die Bank *Agromercantil*, eines der renommierten und soliden Geldinstitute des Landes, kurz vor dem Zusammenbruch stünde. Eine ähnliche Unterstellung wurde Ende 2006 bereits im allgemeinen Bankenchaos der Bank *G&T* nachgesagt, was damals dazu führte, dass die KundInnen völlig verunsichert in kurzer Zeit ihre Gelder abhoben und dadurch das Finanzsystem extrem schwächten. Heuer wurde zumindest der als "schwarze Kampagne" bezeichneten Falschinformationsverbreitung gleich am nächsten Tag von der Bankenaufsicht erfolgreich der Wind aus den Segeln genommen.

Die Morde an den Busfahrern hingegen haben Guatemala tatsächlich an den Rand eines Kollapses gebracht. Gezielt, professionell und koordiniert vorgehend, über die ganze Stadt und den ganzen Tag verteilt, zu Stosszeiten und an menschenreichen Orten gingen die Täter vor - oft von Luxusautos eskortiert. Ziel waren sowohl Angestellte von

Busunternehmen, die innerstädtische Routen abdecken, als auch solche, die den Personentransport zwischen Hauptstadt und Departements gewährleisten.

Die Hypothesen

1. Laut eines Geheimdienstberichtes seien die Aktionen von einer Gruppe von Militärs koordiniert, die dem Offiziersjahrgang 1972 angehören und von Colom am Freitag zuvor ihrer Posten enthoben wurden, um sie auf ihre Verbindungen zu politischen Parteien und parallelen Gruppen hin zu überprüfen.

2. Carmen Aida Ibarra von der *Myrna-Mack-Stiftung* und Iduvina Hernández (SEDEM) schliessen nicht aus, dass es sich um eine Konspiration aus der eigenen Regierung handelt. Gerichtet sei sie gegen Innenminister Vinicio Gómez, da dessen Sicherheitsplan nicht dem entspreche, was während der Wahlkampagne der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE) ausgearbeitet worden sei. Gómez soll demnach diskreditiert und der UNE-Plan mit den entsprechenden Leuten implementiert werden.

3. Die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei (DINC) sind der Meinung, es handle sich um Racheakte von Seiten der Jugendbanden (*maras*) gegen die Transportunternehmen, da diese sich weigerten, die Zirkulationssteuern zu zahlen, die die *maras* erheben. - Dagegen spricht jedoch, dass sich die *maras* damit selbst eine Grube graben, da sie erwarten müssen, dass die Sicherheitsmassnahmen wegen der Morde erhöht werden, was ihre Steuererpressung erschweren würde. Ausserdem stellt sich die Frage, welches Interesse die *maras* an einer Destabilisierung der Regierung in diesem Ausmass haben.

4. In diese Richtung geht auch der Erklärungsansatz, die *maras* wollten sich rächen, da am Montag, am Tag vor den fünf Morden, zwei *mareros* getötet worden waren, die gerade von einem Busfahrer die vom Unternehmen erpressten 50'000 Quetzales kassierten.

5. Und auch die Hypothese, die *maras* wollten noch mehr Angst unter den Geschäftsleuten verbreiten, die auch von ihnen erpresst werden, aber seit kurzem verstärkt von der Kriminalpolizei "beraten" werden, was zu mehr Festnahmen von Bandenmitgliedern geführt haben soll, ist schwach.

6. Während Polizeidirektor Isabel Agustín Mendoza nicht ausschliesst, dass es sich um frustrierte aus dem Dienst entlassenen ehemalige PolizistInnen handeln könnte, kann sich

7. Iduvina Hernández schliesslich auch vorstellen, dass die Welle der Gewalt die Bevölkerung dazu bringen soll, wieder mehr Militärpräsenz zu fordern.

Fortsetzung auf S. 5

Erst in der Woche zuvor hatte Colom den schrittweisen Rückzug der Armee aus den Aufgaben der öffentlichen Sicherheit angekündigt. Infolgedessen wird das Verteidigungsministerium auf 10 Mio. Quetzales verzichten müssen.

8. Zuguterletzt verfeinerte Álvaro Colom inzwischen seinen Verdacht, den er von Anfang an hatte. Er sah in der Attacke gleich die klare Botschaft eines Destabilisierungskomplots gegen seine Regierung. Ein durch die Morde provoziertes Generalstreik der Transportunternehmen sollte das Land in die völlige Unregierbarkeit versetzen. Dies sei die Gegenreaktion auf die angezogenen Sicherheitsmassnahmen und ersten tiefer gehenden Ermittlungen gegen parallele Körperschaften. Speziellen Verdacht hegt Colom gegen Gruppen des organisierten Verbrechens, die sich dem Schmuggel widmen (wobei er die Art desselben nicht detaillierte), denn die Steuerbehörde (SAT) sei so manchen dunklen Machenschaften derzeit auf der Spur.

9. Am wahrscheinlichsten klingt bislang die Theorie, dass die *maras* von Hintermännern mit den Taten beauftragt, dafür bezahlt und mit der nötigen Infrastruktur und Information ausgerüstet und unterstützt wurden. Dirigiert und koordiniert sollen die Morde von mindestens drei inhaftierten *mara*-Mitgliedern worden sein, die in der Hauptstadt und in Chimaltenango einsitzen. Zwei "Strohfrauen" und ein weiterer *marero* wurden dabei gefasst, wie sie erpresste Steuergelder einsammelten und den Häftlingen übergaben. Zudem sollen die Inhaftierten wenige Tage zuvor dafür gesorgt haben, dass zwischen 30 und 50 Mobiltelefone an Busunternehmer verteilt wurden, über die diese informiert wurden, dass die Lösegeldsumme erheblich erhöht werde. Nach dieser Ankündigung kam es am nächsten Tag gleich zu den ersten fünf Morden.

Die Reaktionen

180 Busfahrer haben seitdem ihren Job gekündigt.

Bei einer Demonstration in der letzten Woche, auf der die Busfahrer und ihre Gehilfen mehr Sicherheit in den Bussen und auf den Strecken forderten, kam es zu einem zusätzlichen Verbrechen. Laut Zeugnissen seien drei Polizisten auf der Demonstration erschienen, vermeintlich, um diese aufzulösen. Dabei nahmen sie drei jugendliche Busgehilfen fest und als einer von diesen davonlief, wurde von den Polizisten auf ihn geschossen. Er erlag noch am Ort des Geschehens seinen Verletzungen. Die anderen beiden Jungen wurden mit auf das Kommissariat der berittenen Polizei genommen, wo sie nach eigenen Aussagen mit Schlägen und im Verhörraum ausgesetztem Tränengas gefoltert wurden, während die Polizisten wissen wollten, wer zu der Demo aufgerufen hatte. Die drei in die Tat involvierten PNC-Agenten sitzen in Untersuchungshaft, angeklagt wegen aussergerichtlicher Hinrichtung.

Die meisten Busunternehmen, die tagelang ihre Arbeit komplett niedergelegt hatten und zum Teil noch haben, vertrauen indes auf die Regierungsversprechen und deren Aktionen "Sicherer Bus", die das Mitfahren von PolizistInnen- und Militärduos und teilweise verdeckten AgentInnen beinhalten, und "Sichere Haltestelle", sprich Reduzierung der Stopps und Polizeipräsenz an den Haltestellen, Busbahnhöfen, sowie erhöhten Einsatz von Motorradpatrouillen und Eskorten der Busse.

Um diese Verstärkung zu gewährleisten, haben sowohl die Polizei als auch das Militär bereits einige ihrer Leute aus dem Landesinneren in die Hauptstadt beordert, wobei viele Munizipien eh schon unterbesetzt sind. Colom und das Innenministerium ziehen zudem in Erwägung, im Osten des Landes und in den Grenzregionen den Ausnahmezustand zu deklarieren. Der Präsident hatte schon in den ersten Tagen die Ermittlungsunterstützung der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) erbeten, dessen Chef, Carlos Castresana, sagte bereits zu.

Angeblich sind schon vier mutmassliche Täter festgenommen und drei Banden identifiziert, die die Taten ausgeführt haben sollen.

Der Kongress hat derweil beschlossen, einen bei der Weltbank beantragten Kredit statt in Dünger, Entschädigungszahlungen an Opfer des bewaffneten internen Konflikts und Belohnungsgelder für Aufforstungsinitiativen in die Stärkung des Forensischen Instituts (INACIF) und weitere für die Kriminalermittlung nötige Strukturen zu stecken. Ausserdem werden jetzt wieder diverse Gesetzesinitiativen herausgekramt, die seit langem zu billigen oder zu reformieren sind, darunter das Gesetz zu Waffen und Munitionen.

Unterdessen meldete sich Otto Pérez Molina von der *Patriotischen Partei*, der Colom in der finalen Stichwahl ums Präsidentenamt unterlag und sich mit seinem Wahllogan "Harte Hand" für die Verbrechensbekämpfung zu empfehlen versucht hatte, kritisch zu Wort. In den Kanon stimmte auch Alejandro Giammattei ein, der als Präsidentschaftskandidat für die *Grosse Nationale Allianz* (GAN) auf dem dritten Platz gelandet war und als Direktor des Gefängnisystems im September 2006 mit einer aufsehenheischenden Aktion das Gefängnis Pavón stürmen liess, bei dem sieben als Drogenbosse geltende Männer getötet wurden - aussergerichtlich hingerichtet, wie der Bericht des Menschenrechtsprokurats aufweist. Beide resümierten selbstgefällig, die neue Regierung wisse nicht, wie der Gewalt zu begegnen sei und habe keine Strategie (Pérez) bzw. sie habe keinen konkreten Sicherheitsplan (Giammattei). Neben jeweils eigenen Vorschlägen waren sie sich noch in einem anderen Punkt einig, der schliesslich gar von Colom übernommen und derzeit heftig diskutiert wird: Die Notwendigkeit der Wiederausführung der Todesstrafe, deren Anwendung während der letzten sieben Jahre in einem juristisches Vakuum gesteckt hat (siehe separater Artikel).

Die Todesstrafe ist reaktiviert

Guatemala, 15. Feb. Ex-Präsident Alfonso Portillo (2000-04) hatte sich damals geweigert, die Verantwortung über die eingereichten Gnadengesuche von zum Tode verurteilten Häftlingen zu übernehmen. Seitdem bestand in Guatemala - bis vor zwei Tagen - eine Rechtslücke in Bezug auf den Gnadenvollzug und 41 Häftlinge warten auf eine Regelung. Gegen 28 ist das Todesurteil gesprochen, aufgrund der ungeklärten Gnadensituation aber nicht ausgeführt, zwei von ihnen sind flüchtig. Bei 23 wei-

teren zum Tode Verurteilten stehen noch Einsprüche und Rekurse auf nationaler wie internationaler Ebene aus. Die Todeszelle wurde 2000 das letzte Mal genutzt und das Urteil in Fällen von Mord oder besonders schwerer Geiselnahme gesprochen. Guatemala ist das letzte Land in Lateinamerika, in dem die Todesstrafe besteht. Gleichzeitig hat der Staat jedoch im Pakt von José unterzeichnet, die Gnadenoption für die Verurteilten zu gewähren und vor allem keine weiteren Todesurteile mehr zu

fällen. Und vor zwei Jahren hat Guatemala im Rahmen der Vereinten Nationen zugesichert, diese Strafe aus der Welt zu schaffen.

Dagegen ist nicht nur Otto Pérez Molina von der *Patriotischen Partei* (PP) davon überzeugt, dass die Todesstrafe das ist, was die Bevölkerung als Mittel gegen die herrschende Gewalt wünscht. Und tatsächlich stimmten in spontanen Umfragen einer Radiosen-

Fortsetzung auf S. 6

Fortsetzung von S. 5

dung und einer auf der Internetseite der Tageszeitung Prensa Libre deutlich mehr als 90% der Teilnehmenden für die Todesstrafe.

Pérez Molinas Vorschlag endete letztlich in der Billigung des "Regulierungsgesetzes der Strafumwandlung für zum Tode Verurteilte" mit 140 Stimmen von 143 im Kongress Anwesenden. Allein die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) und die Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) votierten dagegen mit der Begründung, dass die Effektivität der Todesstrafe nicht be-

wiesen sei.

Präsident Colom kündigte bereits an: "Genauso wie ich keine Steuer- oder Bussgeldbefreiungen autorisiere, weil ich damit über die Steuerbehörde (SAT) hinwegginge, gibt es keine Gründe, warum ich das Justizsystem übergehen sollte". Sprich: Er will keinen Gnadengesuchen stattgeben, durch die Todesstrafen in lebenslange Haftstrafen von 50 Jahren umgewandelt werden können.

Zahlreiche nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen meldeten sich gleich zu Wort und verurteilten die Entscheidung und diverse

andere Vorschläge zum Kampf gegen das Verbrechen als repressiv und konjunkturell. Viel sinnvoller sei es, das Justizsystem zu stärken und die Polizei und die Staatsanwaltschaft darin zu unterstützen, effektiv zu arbeiten. Denn was brächten alle Strafen, wenn die Täter weder gefasst noch aufgrund gescheiter Ermittlungen überhaupt verurteilt werden könnten?

Es besteht jetzt die Möglichkeit Verfassungsbeschwerden einzulegen. Derweil haben die bereits zum Tode Verurteilten einen Monat Zeit, ein Gnadengesuch einzureichen.

Die Adoptionsmachenschaften gehen weiter

Guatemala, 15. Feb. Hatten sich die Diskussionen um das neue Adoptionsgesetz, das Ende des Jahres in Kraft getreten ist, ohnehin jahrelang hingezogen, wodurch seine Verabschiedung und somit die Regelung der Adoptionsprozesse von Kindern immer wieder behindert wurde, fand sich auch der Start des durch das Gesetz geschaffenen *Nationalen Adoptionsrats* (CNA) voller Hindernisse. Doch dieser Rat ist ab jetzt das Organ, das über die Bewilligung von Adoptionsanträgen entscheidet und soll dem bisherigen "Export-Geschäft" mit guatemalteckischen Kindern ein Ende setzen bzw. zur Transparenz verhelfen (vgl. ¡Fijáte! 400). Vorher oblag dem *Generalprokurat* (PGN) diese Aufgabe.

Am 11. Januar war der Rat endlich zusammengesetzt aus je zwei Personen - einer/m Vorsitzenden und einer/m VertreterIn -, die benannt wurden vom *Höchsten Gerichtshof* (CSJ), vom Aussenministerium und vom *Präsidialen Wohlfahrtssekretariat*. Als letzter war der Anwalt Rudy Soto Ovalle seitens des CSJ nominiert worden, die Frauen- und Familienrechtlerin Hilda Morales Trujillo als seine Stellvertreterin. Die ehemalige Präsidentin des *Zentrums für die Verteidigung der Verfassung* (CEDECON), Anabella Morfin, ging für das Aussenministerium in den Rat, und das Wohlfahrtssekretariat wählte Marvin Rabanales von der *Sozialen Bewegung für die Kindheit* und als dessen Vertreter Byron Alvarado. Dabei sind die VertreterInnen ihren Entscheidungsinstitutionen gegenüber weder verpflichtet noch weisungsgebunden. Für vier Jahre sind sie in ihr Amt gewählt, können dann aber nicht wiedergewählt werden. Und laut Gesetz ist der Rat autonom und genießt funktionelle, administrative und ökonomische Unabhängigkeit.

Bis zum 12. Februar war eine Frist gesetzt, innerhalb welcher der Rat die ausstehenden Adoptionsakten sichten

und registrieren musste, die im Laufe 2007 vom Generalprokurat in Empfang genommen worden waren. Dieses wird sich der Bearbeitung dieser Vorgänge auch noch annehmen. Die neuen Anträge von 2008 - täglich werden offenbar rund 300 eingereicht - werden dann direkt vom Adoptionsrat geprüft. Dabei hat der CNA kein eigenes Gebäude und ist zeitweilig in alten Räumen von der Kinderschutzorganisation Casa Alianza untergebracht, die aber auch bald geräumt werden müssten. Er hat weder Büroausstattung noch -material und keinen Zugriff auf die im Gesetz und Staatshaushalt berücksichtigten 10 Mio. Quetzales. Dass diese noch auf dem Konto des *Sekretariats für Verwaltungs- und Sicherheitsangelegenheiten* (SAAS) deponiert sind, ist dadurch bedingt, dass der Rat ganz plötzlich vom neuen Präsidenten persönlich interveniert wurde: Drei Tage nach Coloms Amtsübernahme kündigte dieser an, dass die Entscheide des vorherigen Wohlfahrtssekretariats und des Aussenministeriums für nichtig erklärt worden seien. Marvin Rabanales, Byron Alvarado und Anabella Morfin würden ab jetzt durch Elizabeth Hernández de Larios sowie durch Concha Marily Barrientos de Estrada und Aura Azucena Bolaños ersetzt. Sein Argument: Die vorherigen Ratsmitglieder seien nicht Leute seines Vertrauens - zumindest von Elizabeth Hernández de Larios ist bekannt, dass sie die Ehefrau von Gabriel Larios Ochoa ist. Und dieser wiederum präsidialer Generalsekretär.

Zahlreiche Rechts- und VerfassungsexpertInnen kritisierten Coloms Eingreifen und wiesen auf die Autonomie des Adoptionsrates hin. Doch noch nicht einmal vor dem *Höchsten Gerichtshof* hatten die Geschassten mit zahlreichen Verfahrensanträgen und Beschwerden Glück. Nach 22 Tagen politisierten Rechtsdisputes schliesslich reichten die drei ihre Kündigung ein und Hilda Morales aus Solidarität gleich

mit. Das Fass zum Überlaufen gebracht hatte letztendlich wohl ein Rekurs von 115 AnwältInnen, die sich über die verschärften Kontrollen beschwerten, die der CNA eingeführt hatte und von ihnen eine Reihe von ausführlichen Informationen über die zur Adoption stehenden Kinder eingefordert hatte.

Das *Zentrum für Justiz und Internationales Recht* (CEJIL) und Casa Alianza sind der Ansicht, dass bislang gar 97% der Adoptionen mittels RechtshelferInnen realisiert wurden, die ohne irgendeine Kontrolle agierten. Gerade in den letzten Monaten haben sich zahlreiche Eltern und vor allem Mütter zusammengeschlossen, deren Klein(st)-kinder Opfer von Kindesraub geworden sind. Vor allem mit Hilfe der Unterstützung der Organisation *Sobrevivientes* ("Überlebende"), die sich hauptsächlich um die rechtliche und psychosoziale Begleitung von Familienangehörigen von ermordeten (jungen) Frauen kümmert, sind einige der entführten Kinder tatsächlich lokalisiert und befreit worden. In allen Fällen wäre ihr Schicksal eine Auslandsadoption gewesen. Angesichts dieser Erfahrung schätzt Norma Cruz, Leiterin von *Sobrevivientes*, dass sich unter den zu registrierenden Akten etwa 500 von entführten Kindern befinden.

Der neu zusammengesetzte Adoptionsrat, in den Colom nun seine Wunschkandidatinnen hieven konnte, hat, unterstützt von 20 Freiwilligen, in Windeseile gerade noch vor Ablauf der gesetzten Frist, angeblich 3'000 Adoptionsanträge registriert und diesen damit grünes Licht für das weitere Prozedere gegeben. Die übrigen sind automatisch annulliert, und die jeweiligen AntragstellerInnen müssen von Null beginnen. Zumindest ein verdächtiger Moment, der bei der Durchsicht auffiel, geriet an die Öffentlichkeit: Manche AnwältInnen hatten zwischen 50 und 200 Anträge eingereicht. Der Hintergrund dieser Kinder, die zur Adoption freigegeben werden sollen, ist mehr als unklar.